

Julian Nida-Rümelin

Braucht Deutschland eine Elite-Uni?

Nehmen wir einmal an, dass diejenigen, die eine deutsche Elite-Uni fordern, das ernst meinen. Deutschland soll also mindestens eine Universität bekommen, die mit den Top-Universitäten (Ivy-league: Harvard, Yale, Stanford etc.) nicht nur in dem einen oder anderen Zentrum, vielleicht einer Fachrichtung, sondern in toto konkurrieren kann und für inländische und ausländische sehr begabte und motivierte Studierende gleichermaßen attraktiv ist. Angenommen, diese Universität soll nicht als kleine Muster-Uni auf der grünen Wiese entstehen, sondern aus einer der traditionellen deutschen Universitäten hervorgehen. Damit sich niemand in die Tasche lügt: Das würde eine Vervielfachung der Zahl der Professoren pro Tausend Studenten gegenüber dem deutschen Standard erforderlich machen. Man kann sich streiten, ob eine Versiebenfachung erforderlich ist, oder eine Verdreifachung genügt. In dieser Größenordnung bewegt sich das jedenfalls.

Die Professoren dieser Elite-Uni müssten von Verpflichtungen in Lehre und Administration nach dem Vorbild der US-amerikanischen TOP-Unis deutlich entlastet werden, um Ressourcen für die individuelle Betreuung der Studierenden und für eigene Forschung frei zu bekommen. Ein bis zwei Lehrveranstaltungen pro Woche ist dort das übliche, während in Deutschland gegenwärtig von den Wissenschaftspolitikern in aller Unschuld eine weitere Ausweitung der Lehrverpflichtungen über vier hinaus angestrebt wird. Ein Ende der oft an absurdes Theater gemahnenden Selbstverwaltung in endlosen Gremiensitzungen. Professoren sind meist sehr gut in ihrem Fachgebiet, sie können eindringlich und überzeugend für oder gegen eine wissenschaftliche Hypothese argumentieren. Sie haben gelernt sich in der argumentativen Auseinandersetzung zu behaupten, aber meist geht ihnen die Fähigkeit zum Kompromiss, zur entscheidungsorientierten, knappen Klärung von Sach- und Konfliktpunkten ab. Von wenigen Naturtalenten abgesehen sind Professoren keine guten Manager und keine guten Wissenschaftspolitiker.

Diese Universität müsste von Studierenden im In- und Ausland als ein bevorzugter Studienplatz gelten. Sie würde aus Tausenden von Bewerbern in gründlichen Auswahlverfahren einen Bruchteil zum Studium zulassen. Sie würde eine enge Gemeinschaft, einen intensiven Gedankenaustausch zwischen Lehrenden und Lernenden ermöglichen. Sie würde besonders solche Forschung fördern, die auch für die Lehre und die Ausbildung des akademischen Nachwuchses relevant ist. Der Zusammenhang zwischen Forschung und Lehre wäre viel enger, als das in den deutschen Universitäten heute in der Regel der Fall ist. Diese Universität würde keine akademische Schmalspurausbildung zulassen, sondern Wert auf Allgemeinbildung und Persönlichkeitsbildung legen. In den ersten beiden Jahren wäre eine Vielzahl von Lehrveranstaltungen unterschiedlicher Disziplinen zu belegen, um dem Fachidiotentum vorzubeugen und die geistige Beweglichkeit zu fördern. Exotische Fächerkombinationen müssten ebenso möglich sein, ja besonders gefördert werden, wie die interdisziplinäre Kooperation in Forschung und Lehre. Kurz, die Ideale der deutschen Vorbild-Universität, wie sie Wilhelm von Humboldt vorschwebten und die für einige glückliche Jahrzehnte Deutschland zur führenden Bildungs- und Wissenschaftsnation im Neunzehnten Jahrhundert gemacht hatten – vielfach im Ausland kopiert, gerade in den USA, nur dass dort dieser Geist an den Grad-Schools besser bewahrt wurde, als in seinem Ursprungsland - würden revitalisiert.

Ist das wirklich vorstellbar, dass gerade die Wissenschaftspolitiker aller Parteien und Interessenverbände, denen bis heute der humanistische Geist unverständlich geblieben ist und

als Hindernis für eine konsequente Berufsorientierung des Studiums gilt, sich nun eines besseren besinnen? Dass sie das Paradoxon verstanden haben, dass akademische Bildung im Sinne von Urteilskraft und eigenständigem Denkvermögen, dass gerade forschungsnahe Lehre der Berufsfähigkeit auch außerhalb der Akademia am besten dient? Dass es nicht sinnvoll ist, die Universitäten zu großen Fachhochschulen umzubauen und diese wiederum den Universitäten anzugleichen? Dass in der Umwandlung der Universitäten in große Schulbetriebe etwas wesentliches verloren geht und schon verloren gegangen ist, was nun in Gestalt einer sogenannten Elite-Universität wieder eingefangen werden soll?

Wenn die Innovations-Initiative ernst gemeint ist, dann müsste es jetzt eine Debatte um die beste Form geben. Wäre es nicht sinnvoller, den Aufbau viele Exzellenz-Zentren in Deutschland zu fördern, die untereinander in Konkurrenz stehen, als eine oder vier oder gar zehn sogenannte Elite-Universitäten anzustreben? Die Politik sollte sich aus der Konkurrenz um die besten Ideen und Talente heraushalten. Aber dort wo sich Potentiale abzeichnen, zusätzliche finanzielle und institutionelle Förderungen bereithalten anstatt mit dem Rasenmäher zu kürzen, wie das gegenwärtig in der gesamten Republik der Fall ist. Physik in Hamburg, Geisteswissenschaften in München, Technikwissenschaften in Aachen, Gentechnik in Tübingen etc. Dann ginge es aber nicht darum einzelne Universitäten zu Elite-Universitäten zu machen, sondern bestimmte Profilierungen und Schwerpunktsetzungen zu fördern, den besten der Besten zusätzliche Spielräume in Forschung und Lehre zu verschaffen, das kann in Berlin, ebenso wie in Bayreuth geschehen. Das klingt weniger spektakulär, wäre aber realistischer und würde ebenfalls viel Geld kosten, vorausgesetzt es wird ernsthaft und langfristig und nicht effekthascherisch und kurzsichtig betrieben.

Und wenn es doch die eine international ausgerichtete deutsche Elite-Uni werden soll? Nun in diesem Fall käme wohl nur die Humboldt-Universität in Frage. Nicht weil diese etwa heute schon die deutsche Spitzen-Universität wäre. Sie steht in den Vergleichen gut da, aber je nach Fach liegen andere Universitäten, nicht nur in München, Hamburg, Frankfurt, Aachen, gelegentlich auch in der Provinz vorne. Aber nur die HU könnte in großzügiger Auslegung preußischen Kulturbesitzes zum überwiegenden Teil vom Bund finanziert werden, wie das für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz der Fall ist, an der alle Länder, besonders auch Berlin beteiligt ist, die aber doch zu drei Viertel und bei Investitionen weit mehr vom Bund finanziert wird. Konstanz hat ebenfalls gute Rankings, aber will man weltweit die zukünftigen Eliten an den Bodensee locken? Nein, dann kommt nur Berlin, die aktuell spannendste europäische Stadt in Frage. Eine solche Universität sollte sich dann auch dadurch legitimieren, dass sie die Hälfte ihrer Studienplätze für ausländische Studenten reserviert, sie müsste einen Großteil ihrer Lehre in englischer Sprache anbieten, exzellente Professoren und Wissenschaftler aus aller Welt an sich binden, was nur mit großzügigen Angeboten möglich sein wird.

Diese Vorstellung ist nicht ohne Reiz und es wäre ein sinnvollerer Einsatz von Bundesmitteln, als die Bezuschussung des Berliner Haushaltes, zu dem das Verfassungsgericht den Bund demnächst zwingen mag, aber sie birgt hohe Risiken. Die Gefahr, dass die Tendenz zu Verschulung und Provinzialisierung an den restlichen deutschen Universitäten eher zu- als abnahme (eine Gefahr, die größer würde, wenn es nicht eine, sondern zehn Elite-Universitäten sein sollen, was allerdings ohnehin nicht zu finanzieren ist) und dass wir mit dem Modell einer amerikanischen Elite-Universität auch die Nachteile der amerikanischen Universitätslandschaft importierten: einige wenige exzellente, viel Mittelmaß und der große Rest nur unwesentlich über dem Niveau der deutschen gymnasialen Oberstufe. Dann lieber die Vorteile wahren, dass in Deutschland auf recht hohem Niveau und trotz der leichtfertigen Wissenschaftspolitik aller Parteien seit den 70er Jahren fast überall mit gutem Gewissen

studiert werden kann, die Kinder meist in der Nähe ihrer Eltern bleiben, die Anforderungen fast überall gediegen sind und sich die meisten Professoren trotz „Überlast“ bemühen mit der aktuellen Forschung Schritt zu halten. Wir haben bislang in Deutschland keine Universitäten, die sich lediglich als Fortsetzung des Schulbetriebes verstehen, wie in den USA, obwohl sich manche Wissenschaftspolitiker gerade das zu wünschen scheinen.

Nun, ein Gutes haben Vorschläge auch wenn sie in unausgegorenem Zustand gemacht werden: sie können eine überfällige Debatte initiieren und zum Beispiel die merkwürdige Konzentration der aktuellen Wissenschaftspolitik auf Besoldungssysteme, Modularisierungen und Umbenennung von Abschlüssen beenden. Es wäre höchste Zeit.